

PRESSEMITTEILUNG

Telefon für Rückfragen: 0151-5047 1906

Freitag, 16. September 2011

Polizeigewerkschaft: „Kennzeichnungspflicht ist Unsinn“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Bremen kritisiert weiterhin den Plan des Senats, eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte bei sogenannten „geschlossenen Einsätzen“ einzuführen. „Das ist angesichts der häufig notwendigen Unterstützung durch Polizeien anderer Bundesländer schlichtweg Unsinn,“ sagt dazu Jörn Schulze, der Landesvorsitzende der Gewerkschaft.

„In den vergangenen Jahren wurde sehr häufig die Unterstützung anderer Bundesländer benötigt, um bestimmte Einsatzlagen bewältigen zu können. Selbst bei Fußballereinsätzen wie zuletzt beim Spiel Werder gegen den HSV werden zunehmend Kräfte aus anderen Bundesländern eingesetzt.“

Die Gewerkschaft verlangt daher vom Senat, auf die Kennzeichnungspflicht zu verzichten: „Wenn so etwas Sinn machen soll, dann müsste es eine bundesweit einheitliche Regelung geben - Alleingänge der Bundesländer sind der falsche Weg,“ so Schulze weiter.

„Besonders Großlagen mit hohem Gefahrenpotential sind ein gutes Beispiel für den Unsinn einer Kennzeichnungspflicht auf Landesebene: Der NPD-Einsatz am 30.4. diesen Jahres hat den Einsatz von 49 Einsatzzügen aus anderen Bundesländern erforderlich gemacht, nur 5 Züge aus Bremen und Bremerhaven waren daran beteiligt, beim Tag der Deutschen Einheit 2010 war das Kräfteverhältnis ähnlich.“

Auch im Rückblick auf vergangene Jahre gelte es, die vergleichsweise hohe Zahl an Fremdkräften in Bremen deutlich zu machen:

2008 gab es demnach 11 Einsätze mit Unterstützung anderer Polizeien, 2009 waren es 17 Einsätze, 2010 wurde zwölfmal Unterstützung aus anderen Bundesländern angefordert.

Für die Zukunft prognostiziert Schulze ein Ansteigen der Bedarfe: „Die Gesellschaft verlangt offenbar nach Events, die ihr auch nicht verwehrt werden sollen. Zur ihrer Sicherung wird Polizei benötigt, und in Bremen dann immer häufiger auch die Unterstützung aus anderen Bundesländern.“